



Nr. 37

21. Oktober 2015

## Inhalt

[dbb bundesfauenvertretung unterstützt Umfrage zu  
Diskriminierungserfahrungen+++](#)  
[Krankenversicherungsbeitrag 2016: Zusatzbeitrag eben doch  
ein Irrweg+++](#)  
[dbb jugend zur Shell-Studie: Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber  
attraktiver machen+++](#)  
[Aktuelle Arbeitskämpfmappe des dbb auf CD erschienen +++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW fordert Anreize für reaktivierte Beamte+++](#)  
[NBB will Nachbesserungen am Entwurf zum  
Personalvertretungsgesetz+++](#)  
[SBB hält Gesetzentwurf zur Personalvertretung für unzureichend+++](#)  
[Vertreterversammlung des vhw bestätigt Arendes im Amt+++](#)  
[Vorratsdatenspeicherung: DPoIG sieht polizeiliche  
Ermittlungsarbeit erleichtert+++](#)  
[GDL: Deutsche Bahn muss Hausaufgaben erledigen+++](#)  
[VBE: Quotierung von Flüchtlingskindern realitätsfremd+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## dbb bundesfrauenvertretung unterstützt Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen

**(dbb) Unter dem Motto „Sie haben es erlebt? Berichten Sie davon!“ hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren dazu aufgerufen, sich zu Diskriminierungen zu äußern, die sie in den verschiedensten Lebensbereichen selbst erfahren oder beobachtet haben. Die dbb bundesfrauenvertretung unterstützt diese bislang größte Umfrage zu Diskriminierungserfahrungen in Deutschland.**

„Diskriminierungen am Arbeitsplatz aufzudecken, ist der erste Schritt hin zu einer toleranteren und gerechteren Gesellschaft. An diesem Punkt möchten wir uns einbringen und ein Stück dazu beitragen, vor allem Diskriminierungen von Frauen, die im öffentlichen Sektor tätig sind, darzustellen und zu beheben. Wir erhoffen uns von der Umfrage, dass Diskriminierung in allen Lebensbereichen, vom Kindergarten, über Schule und Hochschule, bis zum Beruf und im Ehrenamt, nicht nur sichtbar wird, sondern - als logische Konsequenz - gezielt ausgehebelt werden kann“, erklärte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 20. Oktober 2015 in Berlin.

Insbesondere verwies sie auf versteckte Diskriminierungspotenziale gegenüber Teilzeitbeschäftigten. „Fatale Folgen für die Betroffenen hat die gängige Praxis, geleistete Arbeitszeit als Messgröße für die tatsächliche Arbeitsleistung anzusetzen. Teilzeitbeschäftigte werden seltener befördert und folglich auch nicht ihrer Leistung entsprechend bezahlt. Für dieses

Problem der Leistungsbewertung, das auch über den öffentlichen Dienst hinaus besteht, benötigen wir dringend ein verbindliches Korrektiv“, so Wildfeuer.

Bis zum 30. November 2015 ist die Online-Umfrage zu „Diskriminierung in Deutschland“ auf der Homepage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hyperlink: [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Home/home\\_node.html](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Home/home_node.html)) und unter [www.umfrage-diskriminierung.de](http://www.umfrage-diskriminierung.de) freigeschaltet. Die erhobenen Daten gehen in den Bericht an den Deutschen Bundestag ein, den die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gemeinsam mit den Beauftragten der Bundesregierung 2017 vorlegen wird. In dem Bericht werden auch Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis formuliert, wie Diskriminierungen künftig verhindert werden können. Erste Zahlen und Fakten sollen noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

(01/37/15)

## Krankenversicherungsbeitrag 2016: Zusatzbeitrag eben doch ein Irrweg

**(dbb) Zur Ankündigung, dass die Krankenversicherungsbeiträge 2016 um circa 0,2 Prozentpunkte erhöht werden sollen und zwar ausschließlich zu Lasten der Versicherten erklärt der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, Wolfgang Speck: „Dies bestätigt uns in der ablehnenden Haltung zur Einführung des Zusatzbeitrages.“ Der Zusatzbeitrag erweise sich als Irrweg, sagte Speck am 20. Oktober 2015 am Rande eines Seminars im dbb forum siebengebirge.**

Der Schätzerkreis, dessen Prognosen das Bundesgesundheitsministerium meist folgt, hatte die Erhöhung in der vorangegangenen Woche in Aussicht gestellt. Die Erhöhung der Zusatzbeiträge, die ausschließlich von den Versicherten, also auch von Rentnerinnen und Rentnern, zu tragen sei, mache klar, dass damit ein Irrweg beschritten wurde. Bereits die Abschaffung des Sonderbeitrags zum 1. Januar 2015 sei faktisch eine Mogelpackung gewesen, da zugleich die kassenindividuellen Zusatzbeiträge auf durchschnittlich 0,9 Prozent festgesetzt

wurden, stellte Speck weiter fest. Außerdem sei die jetzt geplante Beitragserhöhung zu erwarten gewesen. „Nur ein Jahr später ist es offensichtlich: Die Arbeitgeber werden einseitig von Beiträgen entlastet“, kritisierte der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung.

(02/37/15)

## **dbb jugend zur Shell-Studie: Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiver machen**

**(dbb) Mit Blick auf die Ergebnisse der jüngsten Shell-Jugendstudie hat die dbb jugend verstärkte Anstrengungen der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes gefordert, um die Attraktivität dieses Sektors als Arbeitsplatz zu steigern. „Die junge Generation befindet sich im Aufbruch. Sie ist anspruchsvoll, will mitgestalten und neue Horizonte erschließen“, sagte dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe am 13. Oktober 2015 in Berlin.**

Jugendliche hätten heute sowohl hohe Bildungs- und Berufserwartungen als auch hohe Ansprüche an ihre Arbeitgeber. Der Beruf solle sicher, aber auch interessant sein. „Und über 90 Prozent meinen, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürfen. Für rund vier Fünftel der Jugendlichen ist es wichtig, dass sie ihre Arbeitszeit kurzfristig an ihre Bedürfnisse anpassen können. Drei Viertel möchten in Teilzeit arbeiten können, sobald sie Kinder haben. Karriereorientierung steht hinter der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben sowie der Planbarkeit von Berufstätigkeit zurück“, unterstrich Kothe. „Hierauf muss der öffentliche Dienst reagieren und deutlich nachbessern“, forderte die dbb jugend-Chefin. „Denn besonders Aufstiegsverfahren und durchlässige Laufbahnen sind noch nicht flexibel und häufig genug. Wir brauchen

verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren in den gehobenen und vom gehobenen in den höheren Dienst. Dafür müssen auch entsprechend Stellen geschaffen werden“, so Kothe. Um dem Sicherheitsbedürfnis des Nachwuchses in Sachen Arbeitsplatz entgegenzukommen, müssten die öffentlichen Arbeitgeber zudem ihre massive Befristungspraxis aufgeben. „Einer aktuellen Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung zufolge liegt der Befristungsanteil der 15-24 Jährigen im öffentlichen Dienst bei 25 Prozent – das ist der höchste Wert aller Altersgruppen“, kritisierte Kothe. „Der Staat sollte die klugen Köpfe, in die er während der Ausbildung investiert hat, übernehmen, anstatt sie ziehen zu lassen.“  
(03/37/15)

## **Aktuelle Arbeitskampfmappe des dbb auf CD erschienen**

**(dbb) Der dbb, Geschäftsbereich Tarif, gibt seine aktualisierte und erweiterte Arbeitskampfmappe mit Stand Oktober 2015 heraus. Die Arbeitskampfmappe gibt es wie schon im Vorjahr nur noch als CD-ROM. Auf dieser sind sowohl die Gesamtdatei als auch alle Kapitel und Vordrucke als Einzeldateien zu finden. Alle Vordrucke und Musterschreiben sind im Word-Format enthalten. So ist es einfacher, diese für die eigenen Zwecke und Bedürfnisse anzupassen. Die aktualisierte Arbeitskampfmappe ersetzt die Arbeitskampfmappe vom Oktober 2014 und stellt eine aktuelle Handlungsanleitung auch zur Einkommensrunde 2016 dar.**

In den nächsten Wochen werden jeder Fachgewerkschaft des dbb auf Bundesebene sowie den dbb-Landesbünden Exemplare der neuen CD-Arbeitskampfmappe zugehen. Sie dient als Kopiervorlage zur weiteren Verteilung. Nachbestellungen sind nicht möglich. Bei Bedarf wird um Vervielfältigung vor Ort gebeten.

Mit der Arbeitskampfmappe werden wichtige Fragen von Streikleitern der Fachgewerkschaften vor, während und nach Arbeitskampfmaßnahmen beantwortet. Sie dient weniger zur Verteilung an die einzelnen Mitglieder vor Ort, da die enthaltenen Informationen für den „normalen“ Streikteilnehmer eher zu um-

fangreich sind. Aus diesem Grund wird auch empfohlen, die Dateien z.B. nicht auf der Homepage zum Download zur Verfügung zu stellen. Für die Streikenden vor Ort dient der kostenlose Flyer „Rechte im Arbeitskampf“, der die wichtigsten Fragen zum Arbeitskampf kurz erläutert. Der Flyer kann beim dbb, Geschäftsbereich Tarif, bestellt werden (tarif@dbb.de) und wird auch als Download unter „Bestellservice“ auf den Arbeitnehmerseiten des dbb im Internet zur Verfügung gestellt.  
(04/37/15)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DBB NRW fordert Anreize für reaktivierte Beamte**

**(dbb) Der DBB NRW hat Anreize gefordert, um Beamte im Ruhestand für die Flüchtlingshilfe zu reaktivieren. Der Landesvorsitzende Roland Staude sagte der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 20. Oktober 2015): „Wer bei der Registrierung und Bildung von Flüchtlingen mithelfen will, den sollte das Land mit einem befristeten Werkvertrag ausstatten.“**

Unter den Pensionären bestehe eine große Bereitschaft, in dieser akuten Notsituation einzuspringen. Staude verwies darauf, dass NRW schon jetzt die Möglichkeit habe, den Ruhestandseintritt von Beamten bei einem besonderen dienstlichen Interesse auf freiwilliger Basis über das 67. Lebensjahr hinaus zu schieben. Er hielt es auch für eine „charmante Lösung“, die Hinzuverdienstgrenze von monat-

lich 450 Euro befristet anzuheben, zitiert die „WAZ“ Staude. Zugleich mahnte der DBB NRW-Vorsitzende, es müsse aber eine „gesunde Mixtur“ aus zusätzlichen Festeinstellungen für neue Daueraufgaben sowie befristeten Verträgen für Pensionäre zur Behebung akuter Notlagen geben.  
(05/37/15)

### **NBB will Nachbesserungen am Entwurf zum Personalvertretungsgesetz**

**(dbb) Der Gesetzentwurf zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften muss dringend nachgebessert werden. Das wolle der Niedersächsische Beamtenbund NBB bei der anstehenden Anhörung im Innenausschuss des Landtages noch einmal deutlich machen, kündigte der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer am 20. Oktober 2015 an.**

„Die vorgenommene Erweiterung der Mitbestimmungstatbestände und weitere von uns begrüßte Änderungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der vorgelegte Entwurf deutlich hinter den geweckten Erwartungen zurückbleibt - etwa bei der Verbesserung der Mitbestimmung“, so Schäfer. Sogar Verschlechterungen seien in dem Entwurf enthalten.

Wer eine Stärkung der Beteiligungsrechte von Personalvertretungen wolle, wie sie als wesentliches Ziel des Gesetzentwurfs von der

Landesregierung selbst gepriesen wird, müsse den Mitgliedern der Personalvertretungen auch die Möglichkeiten dafür geben. Enttäuscht sei man insbesondere, weil keine Verbesserungen im Bereich der Freistellung/Entlastung von Mitgliedern der Personalvertretungen vorgesehen sind, wie es die SPD noch 2012 gefordert hatte. „Glaubwürdigkeit macht sich auch daran fest, dass man sich in Regierungszeiten noch an das erinnert, was man in der Opposition richtigerweise gefordert hat“, so Schäfer.  
(06/37/15)

### **SBB hält Gesetzentwurf zur Personalvertretung für unzureichend**

**(dbb) Der Sächsische Beamtenbund SBB hat scharfe Kritik am Entwurf für ein Personalvertretungsgesetz geübt. „Im Koalitionsvertrag ist es vereinbart: Sachsens Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung sollen ein zeitgemäßes und praktikables Personalvertretungsgesetz mit erweiterten Mitbestimmungsrechten bekommen. Der jetzt dem Landtag vorgelegte Gesetzesentwurf könnte diese Anforderungen erfüllen – tut er aber nicht“, erklärte der SBB am 16. Oktober 2015.**

Alles in allem sei der Entwurf zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aus Sicht des SBB aber nur in Ansätzen zeitgemäß oder gar richtungsweisend. „Wenn diese Novellierung nicht als vertane Chance in die Verwaltungsgeschichte Sachsens eingehen soll, muss dringend nachgebessert werden“, forderte der SBB.

Seit dem 23. September 2015 liegt dem Sächsischen Landtag ein Entwurf des novellierten

Gesetzes vor, der im Eiltempo erarbeitet und auch den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden mit einer verkürzten Anhörungsfrist übersandt wurde. Ziel ist es, das Gesetz bis Anfang 2016 in Kraft zu setzen. „Der Entwurf erfüllt unsere Vorstellungen eines modernen Gesetzes bei Weitem nicht“, machte Gerhard Pöschmann, Vorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion, deutlich. Gebraucht würden deutlich mehr Beteiligungsrechte. (07/37/15)

## **Vertreterversammlung des vhw bestätigt Arendes im Amt**

**(dbb) Die Vertreterversammlung des Verbandes Hochschule und Wissenschaft (vhw) hat am 18. und 19. September 2015 in Berlin getagt und den geschäftsführenden Bundesvorstand für die nächsten vier Jahre gewählt. Zum Bundesvorsitzenden wählten die Delegierten erneut einstimmig Prof. Dr. Josef Arendes. Auch seine Stellvertreter Prof. Dr. Manfred Krüger und Dr. Ulrich Weber sowie der Schatzmeister Wolfgang Kübert wurden wiedergewählt. Zu Beisitzern wählten die Delegierten Prof. Dr. Elke Platz-Waury, Prof. Dr. Peter Heusch, Prof. Dr. Ernst Schmeer und Dr. Bernd Weidenfeller.**

Im Rahmen der Vertreterversammlung fand eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Das deutsche Wissenschaftssystem im Wandel“ statt. Dazu konnte Prof. Arendes die bildungspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen Alexandra Dinges-Dierig (CDU) und Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) begrüßen. Beide Referenten gingen in ihren Vorträgen auf Schwerpunkte der Weitentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems ein, etwa verbesserten Rahmenbedingungen, ins-

besondere eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen. Auch aktuelle Entwicklungen bei Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation sowie Exzellenzinitiative wurden diskutiert. Zudem waren die Konzepte zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und damit verbunden die anstehende Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes Thema der Debatte. (08/37/15)

## **Vorratsdatenspeicherung: DPoIG sieht polizeiliche Ermittlungsarbeit erleichtert**

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) begrüßt das am 16. Oktober 2015 vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Damit ist nun hoffentlich der jahrelange Streit über die Mindestspeicherfrist beendet, denn die Polizei braucht dringend im Fall von Ermittlungen bei schweren Straftaten den Zugriff auf Verkehrsdaten. Manchmal sind sie sogar der einzige Anhaltspunkt, etwa bei kinderpornographischen Delikten.“**

„Dass bereits erneut Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt wurden, können wir als DPoIG nicht nachvollziehen“, so Wendt weiter. Der Gesetzesentwurf beschränke sowohl die Dauer als auch den Umfang der Erfassung von Kommunikationsdaten auf ein Minimum.

„Wir als Polizei hätten uns bei der Dauer der Speicherung der Verkehrsdaten eine längere Zeitspanne durchaus gewünscht“, machte

Wendt klar. Der immer wieder erhobene Vorwurf, mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger könnten Bewegungs- und Verhaltensprofile erstellt werden, „geht vollkommen fehl. Die Daten werden beim Provider sowieso zu Abrechnungszwecken gespeichert. Lediglich die Dauer der Speicherung ist nun länger. Nicht zuletzt schützt der Richtervorbehalt vor einem willkürlichen und einfachen Zugriff auf die gespeicherten Daten.“ (09/37/15)

## **GDL: Deutsche Bahn muss Hausaufgaben erledigen**

**(dbb) Schuld am Rückgang des Schienengüterverkehrs der Deutschen Bahn sei die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), hat der Vorstandsvorsitzende der DB, Rüdiger Grube in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 18. Oktober 2015) behauptet. Nach dem GDL-Streik im Sommer seien „bis zu zehn Prozent der Kunden“ nicht mehr zur DB zurückgekehrt. Dazu erklärte der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende Norbert Quitter:**

„Unsere Streiks waren so überflüssig, wie ein Kropf. Die Tarifverträge hätten wir schon ein Jahr zuvor ganz normal auf dem Verhandlungsweg erzielen können. Wir wollten lediglich für unsere Mitglieder Tarifverträge schließen - und das haben wir erreicht. Das wollte die DB aber bis zuletzt verhindern.“

Welche Transportmenge sich hinter den „bis zu zehn Prozent der verlorenen Kunden“ verbirgt, werde sorgfältig verschwiegen. Großkunden könnten ihre Fracht nämlich nicht so schnell auf andere Verkehrsträger verlagern, weil denen schlicht die Kapazitäten dafür fehlen. „Fakt

ist: Die Verkehrsleistung von DB Schenker Rail geht schon seit 2011 kontinuierlich zurück, während der Verkehr insgesamt stark zunimmt“, so Quitter. „Hier ist das Management gefragt, denn bei den privaten Schienengüterverkehrsunternehmen geht das Geschäft besser. Und dass die Privaten schlechtere Löhne zahlen, ist nur eine Mär. Gerade hat die GDL den Flächentarifvertrag für den Schienengüterverkehr abgeschlossen, auf dem Niveau der DB.“ Die DB müsse endlich ihre Hausaufgaben erledigen, statt die Schuld auf die GDL zu schieben.  
(10/37/15)

## **VBE: Quotierung von Flüchtlingskindern realitätsfremd**

**(dbb) „Es ist dringend notwendig, dass in den Schulen endlich zusätzliche Ressourcen ankommen, um der Schulpflicht für Flüchtlingskinder entsprechen zu können.“ Das forderte der Bundesvorsitzende des VBE (Verband Bildung und Erziehung), Udo Beckmann. „Keinem Schüler darf in Klassen mit Flüchtlingskindern ein Nachteil erwachsen. Das ist nur machbar, wenn in diesen Klassen schnellstmöglich eine Doppelbesetzung garantiert wird. Die derzeitige Versorgung mit Lehrkräften reicht hinten und vorn nicht aus“, kritisierte Beckmann am 15. Oktober 2015. „Auf keinen Fall dürfen Ressourcen für Flüchtlinge und Asylbewerber gegen Ausgaben in den Bildungshaushalten mit verrechnet werden. Das bedroht den sozialen Frieden.“**

Weiter machte Beckmann klar: „Der VBE hält Forderungen nach einer Quotierung von Flüchtlingskindern in Klassen für realitätsfremd.“ Diese Quotierung könnte bedeuten, dass Flüchtlingskinder, die durch die Fluchter-

lebnisse oft traumatisiert sind, mit Bussen über Land verschickt und auf Schulen verteilt werden müssten.  
(11/37/15)

## ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Auf die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** erneut hingewiesen und verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefordert. Angesichts sich häufender verbaler und tätlicher Übergriffe bis hin zu Bedrohungen mit tödlicher Folge nehme die Angst unter den Kolleginnen und Kollegen zu, sagte Dauderstädt am 19. Oktober 2015 im Gespräch mit N24 / Sat.1. Am selben Tag hatte der Prozess vor dem Landgericht Ansbach gegen einen 29-Jährigen begonnen. Der Mann hatte im Dezember 2014 in einem Jobcenter in Rothenburg ob der Tauber einen 61-jährigen Psychologen mit Messerstichen tödlich verletzt und muss sich nun wegen Mordes verantworten.

Berufliche Karrieren, die Raum für familiäre Wünsche bieten, sind bei Mädchen und Jungen gefragter denn je. Über 90 Prozent der 12- bis 25-Jährigen würden ein erfülltes Familienleben einem karriereorientierten Leben vorziehen. Zu diesem Ergebnis kommt die 17. Shell Jugendstudie 2015. „Beruf und Familie sind für die junge Generation untrennbar miteinander verknüpft. Und dass sich schon Teenager mit der Frage beschäftigen ‚Wie will ich später arbeiten und leben?‘ zeigt die enorme Brisanz des Vereinbarkeitsthemas. Diese wichtige Erkenntnis muss sich auch in der Gestaltung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst widerspiegeln“, kommentierte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die Ergebnisse der Untersuchung am 16. Oktober 2015 in Berlin. Gerade wenn es darum gehe, dem Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung langfristig entgegenzuwirken, müssten die Ansprüche der heranwachsenden Frauen und Männer von den öffentlichen Arbeitgebern sehr ernst genommen werden.

Aus einem großen Reformvorhaben sei „eher ein Reförmchen geworden“. Mit diesen Worten kommentierte der Landesvorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, den Entwurf des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Im „Behörden Spiegel“ (Ausgabe Oktober 2015) erinnerte Staude an die Zielstellung, die Beschäftigungsbedingungen des öffentlichen Dienstes an die sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen und die Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten. „Ein durchaus positives Vorhaben“, sagte Staude, „wenn da nicht das Diktat der Sparsamkeit und der Kostenneutralität über allem liegen würde“. Das behindere die Entwicklungsmöglichkeiten des öffentlichen Dienstes in NRW. Dies zeige sich auch bei der

Integration der jährlichen Sonderzahlungen in die monatlichen Bezüge. Damit setze die Landesregierung zwar eine lang gehegte Forderung des DBB NRW um, allerdings geschehe dies ausgabenneutral. Staude: „Unsere Forderung: Auch die zweite Kürzung des Weihnachtsgeldes von 50 auf 30 Prozent und der Wegfall des Urlaubsgeldes von rund 256 Euro müssen zurückgenommen werden.“

Mit Blick auf die neu entfachte Debatte über den Komplettumzug der Bundesregierung nach Berlin hat der VBOB (Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden) nochmals seine Forderung bekräftigt: „Wir erwarten, dass wir in den Diskussionsprozess aktiv einbezogen werden“, zitiert der Bonner „General-Anzeiger“ (Ausgabe vom 15. Oktober 2015) den VBOB-Bundesvorsitzenden **Hartwig Schmitt-Königsberg**. Bundesbauministerin Barbara Hendricks, die auch Umzugsbeauftragte der Bundesregierung ist, hatte gesagt, 25 Jahre nach der Einheit halte sie einen Komplettumzug der Bundesministerien nicht mehr für ausgeschlossen. Man „kann und sollte jetzt einen gesteuerten Prozess beginnen“. Zurzeit haben noch sechs Ministerien ihren ersten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn.

Unter der Überschrift „Sichere EU-Außengrenzen wünschenswert, aber die Realität sieht anders aus“ hat der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft **Ernst G. Walter** am 19. Oktober 2015 die Diskussion um Flughafenverfahren, Transitzonen und Grenzzäune kommentiert. Er verwies auf die Feststellung von **Rainer Wendt**, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), dass sichere EU-Außengrenzen besser wären, als nationale Maßnahmen zur Grenzsicherung: „Ich wünschte mir, dass wir weder über Grenzzäune noch über Transitzonen nachdenken müssten“, hatte Wendt gesagt. Walter erläutert das „Verfahren bei Einreise auf dem Luftwege“ gemäß § 18a Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), besser bekannt als „Flughafenverfahren“, und erklärt, warum das Verfahren vor der Einreise so lange dauert. Wendt habe zurecht in den Medien thematisiert, dass Transitzonen an der Grenze zu Österreich, wenn man diese denn wirklich politisch einführen will, nicht ohne Zäune funktionieren werden, genauso wie Grenzkontrollen nicht wirklich Sinn machen, wenn man neben den Grenzkontrollstellen keine entsprechende Grenzsicherung durchführt, stellt Walter fest und kommt zu dem Schluss: „Eins ist Fakt: Wer will, dass solche Transitzonen funktionieren, der muss auch ‚ja‘ zu einer effektiven

Grenzsicherung sagen, und das geht vermutlich nicht ohne Zäune, denn ohne eine Grenzsicherung sind Transitzonen und Grenzkontrollen letztlich sinnlos.“

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 6. Oktober 2015 die Anträge auf einstweilige Anordnung des Marburger Bundes, der Vereinigung Cockpit und des Deutschen Journalisten-Verbands zur Aussetzung des Tarifeinheitsgesetzes (TEG) zwar abgelehnt, hegt aber deutliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes. Dazu erklärte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) am 16. Oktober 2015: „Die Entscheidung im einstweiligen Anordnungsverfahren hat keinerlei Relevanz für den Ausgang des Hauptsacheverfahrens. Über seine sonstige

Praxis hinaus hat das Gericht ausdrücklich berechnete Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des TEG festgestellt.“ Die Arbeitgeber sollten sich somit trotz der Ablehnung „nicht zu früh auf handzahme Gewerkschaften freuen“, so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky**. Vielmehr sei mit der Begründung der Ablehnung der Weg frei für eine zügige, aber dennoch sorgfältige Prüfung der Verfassungsklage auch der GDL. „Es liegt an Karlsruhe, ob Berufsgewerkschaften eine Zukunft haben oder nur noch die größere Gewerkschaft in einem Unternehmen die Tarifverträge schließt, die nichts mit den speziellen Interessen der Berufsgruppen zu tun haben. Wir vertrauen auf eine sorgfältige Prüfung unserer Verfassungsklage.“  
(12/37/15)

### Termin zum Vormerken:

#### **Europäischer Abend**

Demagogen, Populisten und Fanatiker – Ein neues Zeitalter der Extreme  
Berlin, 2. November 2015